Stadt Frankfurt (Oder)
Stadtverordnetenversammlung

Antrag

Vorlage-Nr:	**22/ANT/1278**
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	Fraktion AfD
Datum:	25.11.2022

Gemeinsame, überfraktionelle Erstellung eines Offenen Briefes an die Bundesregierung zur Aufforderung, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um den Krieg in der Ukraine so schnell wie irgend möglich zu beenden

Beratungsfolge:

Datum	**Gremium**
29.11.2022	Dezernentenberatung
08.12.2022	Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, gemeinsam mit allen Fraktionen einen Brief an den Herrn Bundeskanzler und die Minister seiner Regierung zu erstellen mit der Aufforderung, alles in ihrer Macht stehende zu tun, den Krieg in der Ukraine und damit das verbundene Leid der Bevölkerung so schnell wie irgend möglich zu beenden. Hierzu gehört auch, alles zu unterlassen, was diesem Ziel entgegenstehen könnte.

Ausdrücklich soll keine Schuldzuweisung, von welcher Seite auch immer, erfolgen sowie jede parteiliche Wertung unterlassen werden. Es muss einzig und allein um die betroffenen Menschen gehen, deren Leid endlich durch einen dauerhaften Frieden beendet werden soll.

Der Oberbürgermeister wird als oberster Repräsentant unserer Stadt gebeten, diesen Offenen Brief an Vertreter der Bundesregierung zu übersenden.

Begründung:
Am 20.10. dieses Jahres haben die Stadtverordneten der Stadt Königs Wusterhausen einen zuvor verfassten Offenen Brief und die Aufforderung an die Bürgermeisterin, diesen an die Bundesregierung zu versenden mit deutlicher Mehrheit verabschiedet. "In dem Brief wird die Bundesregierung mit Blick auf die umfassenden globalen Auswirkungen aufgefordert, alles zu unterlassen, was den Krieg in der Ukraine verlängert und die Eskalationsspirale zu durchbrechen".(E-Seite der Stadt Königs Wusterhausen, 26.10.2022)

Nach nunmehr einem dreiviertel Jahr Krieg im Osten Europas ist es zwingend erforderlich, endlich zu einer dauerhaften Friedenslösung in dieser Region zu kommen. Jedem muss hierbei klar sein, dass es Frieden nur mit der Einbeziehung beider Seiten geben kann. Eine immer wieder verkündete Weigerung zu Verhandlungen mit Russland und eine ständig fortschreitende Aufrüstung der Ukraine seitens des Westens haben bisher nur zu einer Verstärkung der Gewaltspirale auf beiden Seiten geführt. Damit muss endlich Schluss sein.

Die Bundesländer sind seit mehreren Monaten bereits an ihre Grenzen zur Aufnahme von Flüchtlingen gekommen, da auch zahlreiche Asylanten aus anderen Regionen der Welt nach

Deutschland strömen. Allein Frankfurt hat laut offizieller Zahlen ca. 1000 Flüchtlinge, viele von ihnen Ukrainer, bereits in diesem Jahre aufgenommen. Das kann nicht endlos so weiter gehen, wie es auch schon Landräte, Bürgermeister und Landesregierungen in ganz Deutschland seit einiger Zeit anmahnen.

"Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts."
(Willy Brandt, 1981)

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrage.

Anlagen: keine

Entscheidungsergebnis:

	einstimmig		mit Mehrheit		zurückgezogen
	Ja		Nein		Enthaltung
	lt. Beschlussvorlage		abweichend		abgelehnt
	zur Kenntnis genommen				

überwiesen	
Ausschließung § 22 BbgKVerf	Es wurden keine Ausschließungsgründe angezeigt.
Wiedervorlage	